

# In den USA begrenzte Möglichkeiten

**INTERNATIONAL** Den helvetischen Vermögensverwaltern wird von US-Behörden ein voller Marktzugang verweigert. Doch einige sind dort erfolgreich unterwegs.

## Finanzplatz bleibt im US-Visier

### Bussen im Steuerstreit mit den USA

Bank	in Mio. \$
<b>Kategorie 1</b>	
Credit Suisse	2815,0
Bank Hapoalim	874,3
Julius Bär	547,0
Bank Leumi <sup>1</sup>	400,0
Bank Mizrahi	195,0
HSBC Private Bank (Suisse)	192,0
Zürcher KB	98,5
Basler KB	60,4
Rahn+Bodmer	22,0
LLB (Schweiz)	10,7
Mirelis	10,2
Neue Privat Bank	5,0
<b>Kategorie 2</b>	
BSI	211,0
UBP	201,8
weitere 77 Banken	996
<b>Vor Programm</b>	
UBS	780,0
weitere drei Banken	102,0
<b>Gesamt</b>	<b>7520,9</b>

1) davon 157 Mio. \$ für Leumis Schweizer Privatbank

Nach achtzig Jahren war das Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland Geschichte. 2014 trat die Schweiz dem automatischen Informationsaustausch (AIA) der OECD in Steuerangelegenheiten bei. Am Anfang der Entwicklung stand der Steuerstreit mit den USA und 2009 die erstmalige Lieferung von Kundendaten durch die Grossbank UBS an die US-Behörden. Seitdem haben 95 Schweizer Banken in einem gross angelegten Programm des US-Finanzdepartements (DoJ) wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung für US-Bürger über 7,5 Mrd. \$ an Strafzahlungen überwiesen (vgl. Grafik). Heute wartet nur noch die Privatbank Pictet auf eine Einigung mit den USA. Der Ball liege beim DoJ, teilt der Genfer Vermögensverwalter auf Anfrage mit.

Seit dem AIA und dem US-Steuergesetz Fatca, das von der Obama-Regierung gegenüber vielen Ländern durchgedrückt wurde, stehen die Schleusen für Bankdaten von ausländischen Kunden weit offen. Zusätzlich stellen ausländische Behörden weiterhin gezielte Anfragen nach Informationen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV). Denn die Schweiz liefert AIA-Daten erst seit 2017. Finden ausländische Behörden darin Verdächtiges, können sie nur über ein Gesuch an die ESTV an vergangenes «Beweismaterial» gelangen.

Zudem gibt es weiterhin Kunden, die ihrer Bank die Zustimmung zur Datenweitergabe verweigern. Informationen zu diesen Kunden werden innerhalb von Fatca in reduzierter Form weitergegeben. Wollen die US-Behörden mehr wissen, müssen sie eine direkte Anfrage an die ESTV stellen. So geschehen Ende 2020 und im März dieses Jahres, als die US-Steuerbehörde IRS eine Anfrage über Konten von US-Kunden bei insgesamt 42 Schweizer Banken stellte, darunter UBS, Credit Suisse, EFG, Julius Bär und einigen Kantonalbanken. Juristen und Banker erwarten, dass Anfragen ausländischer Behörden nicht versiegen werden.

Auch weil US-Präsident Biden mit einem neuen Steuerplan die Regeln für reiche Amerikaner besser durchsetzen will. Der IRS soll dabei mehr Mittel erhalten und so gemäss Schätzungen 1,4 Bio. \$ über zehn Jahre zusätzlich eintreiben. Denn laut einer Studie der London School of Economics deklariert das reichste Prozent der Amerikaner 21% des Vermögens nicht.

Jede Schweizer Bank beschwört zwar, nur noch saubere Kunden zu haben. Ein ehemaliger hochrangiger Private-Banking-Experte mit Grossbanknähe schätzt gegenüber FuW aber, dass noch bis zu 20% der über 7200 Mrd. Fr. an Vermögen, die Banken in der Schweiz verwalten, nicht versteuert sein könnten. Die Zeit der hohen Steuerbussen könnten für den Finanzplatz also noch nicht vorbei sein.

Oft ist es ein Katz-und-Maus-Spiel. Noch heute gibt es verworrene Finanzkonstrukte, die, teils neu aufgesetzt, von den Behörden nicht erkannt werden. Experten sehen in der Schweiz heute vor allem bei unregulierten Nichtbanken wie Anwälten, Notaren und Treuhändern das Risiko.

VALENTIN ADE

Es ist der grösste Private-Banking-Markt der Welt. Nirgendwo gibt es mehr reiche Menschen als in den USA (vgl. Grafik 1). Doch Schweizer Vermögensverwalter müssen draussen bleiben – zumindest zum Teil. Der zuständige US-Regulator, die Börsenaufsicht SEC, vergibt seit 2018 keine Lizenz mehr an Vermögensverwalter, die aus der Schweiz heraus US-Kunden betreuen wollen (offshore).

Will man eine Lizenz als Registered Investment Adviser (RIA), muss man sich ab dann von der SEC prüfen lassen. Hier gelten der Schweizer Datenschutz, das Bankkündengeheimnis oder das Verbot der Handlungen für fremde Staaten schon lange als potenzielle Hürde. Sie würden es Banken verbieten, gewisse Daten herauszugeben und die SEC in der Schweiz Prüfmassnahmen durchführen zu lassen.

Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte brachte Ende Juni zwar ein Schreiben heraus, das die Datenweitergabe als mit dem Schweizer Recht konform ansah. Die SEC reagierte darauf auch positiv. «Es genügt ihr aber nicht», sagt Florian Jörg, Anwalt bei der Kanzlei Bratschi und Vorstandsmitglied des Verbands der Schweizer RIA. Die Behörde verwies in einem Schreiben auf «other swiss laws», die für eine Wiederaufnahme der Lizenzvergabe angepasst werden müssen.

Die SEC äussert sich auf Anfrage nicht zur Sache. Die Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht will zu «allfälligen laufenden Verhandlungen keine Stellung nehmen». Die Behörde teilt allerdings mit, dass ihr die «Thematik bekannt» ist und sie «mit der SEC diesbezüglich in Kontakt» steht. Wann die SEC wieder Lizenzen vergibt, steht also in den Sternen.

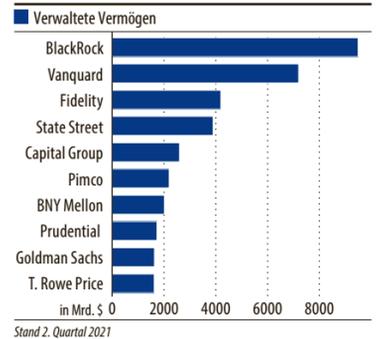
### Offshore auf kleiner Flamme

Diejenigen Akteure, die bereits eine RIA-Lizenz haben, dürfen aber weitermachen. So wie der Zürcher Vermögensverwalter Bellecapital, der 2012 mitten im Steuerstreit begann, aus der Schweiz heraus den US-Markt anzugehen. «Viele Banken haben sich damals von ihren US-Kunden getrennt», sagt Geschäftsführer Curtis Childs, «da haben wir unsere Chance gesehen.» Laut der liechtensteinischen Pri-



UBS ist die grösste Schweizer Vermögensverwalterin in den USA – und dort vorne dabei.

### 4 Grösste US-Asset-Manager



### 5 Die grössten US-Investmentbanken

Bank	Aktienemission und -handel	Gebühreneinnahmen, in Mrd. \$	Marktanteil, in %
Goldman Sachs	2,0	13,8	
JPMorgan	1,6	11,1	
Morgan Stanley	1,5	10,5	
Bank of America	1,3	8,8	
Citigroup	0,9	6,5	
Credit Suisse	0,8	6,0	
Jefferies	0,6	4,6	
Barclays	0,4	3,1	
Cowen	0,4	2,7	

Stand: Ende 2020

vatbank Kaiser Partner, die ebenfalls als RIA aktiv ist, hat der Steuerstreit nicht alle abgeschreckt. 63 Schweizer Vermögensverwalter sind ihr zufolge bei der SEC registriert. Gesamthaft hätten sie 8620 Kunden mit 231 Mrd. \$ Vermögen.

Das meiste davon dürfte allerdings in den USA liegen. Denn das Offshore-Geschäft ist heute nur noch ein Schatten seiner selbst. Laut der Boston Consulting Group (BCG) waren 2020 nur 0,5% aller Kunden von Schweizer Privatbanken in den USA domiziliert. Insgesamt lagen nur noch 16 Mrd. \$ US-Gelder auf Schweizer Konten. Vor dem Steuerstreit hielten laut US-Justizdepartement die 79 Schweizer Banken der Kategorie 2 über 50 Mrd. \$. Seit damals sind die USA für viele verbrannte Erde. Banken scheuen US-Kunden so sehr, dass das selbst Schweizer Staatsbürger zu spüren bekommen.

Komplett abgeschottet sind die USA für hiesige Finanzdienstleister aber nicht. Will ein Schweizer Vermögensverwalter die Lizenzen der SEC, muss er in den USA eine Niederlassung eröffnen (onshore) und alle relevanten Prüfdaten dort halten. Die mit Abstand grösste Schweizer Bank in den USA ist UBS. Sie kann vorne mithalten (vgl. Grafik 2). Die Sparte Americas lieferte zuletzt über die Hälfte des Ertrags der globalen Vermögensverwaltung der Bank. Sie umfasst aber auch das Lateinamerikageschäft. Morgan Stanley und auch Bank of America dürften rein in den USA mehr Gelder verwalten.

Die weiteren Schweizer Akteure sind um einiges kleiner unterwegs. Sie sind – wie auch die UBS-Tochter UBS Swiss Financial Advisers – als RIA organisiert (vgl. Grafik 3). Die Genfer Privatbank Pictet ist darunter die grösste. Nach eigenen Anga-

ben macht sie damit ein sehr profitables Geschäft. Auch Vontobel, J. Safra Sarasin und UBP sind präsent. In New York liegt zudem Vontobels Kernstück im Asset Management (AM), die Quality Growth Boutique, die auf Emerging Markets setzt. Den Markt dominieren mit Abstand die grossen US-Häuser (vgl. Grafik 4). Wie FuW erfahren hat, will Vontobel nach New York nun bald eine Niederlassung in Miami eröffnen. Auch J. Safra Sarasin und UBP sollen gemäss FuW-Informationen neue Büros in den USA planen. Die Banken halten sich zu etwaigen Vorhaben bedeckt.

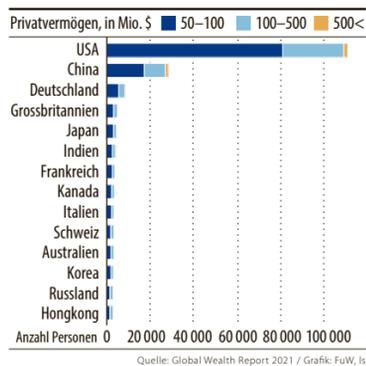
### CS vor Veränderungen

Doch auch wenn die Schweizer Vermögensverwalter die USA wieder stärker ins Visier nehmen: Die helvetische Präsenz war mal eine andere, allein durch die zweite Grossbank, Credit Suisse. Sie zog sich nach dem Steuerstreit 2015 zurück. 2019 wurde eine Rückkehr kolportiert. Wie FuW aus guter Quelle erfahren hat, sollen die US-Behörden aber Vorbehalte gegen die Pläne wegen vergangener Verfehlungen der Bank gehabt haben. Zudem hat das Finanzkomitee des US-Senats im April gegenüber dem US-Justizdepartement den Vorwurf geäussert, CS habe damals bei der Steuerstreiteinigung nicht alle Informationen zu US-Kunden offengelegt. CS selbst will sich dazu nicht äussern.

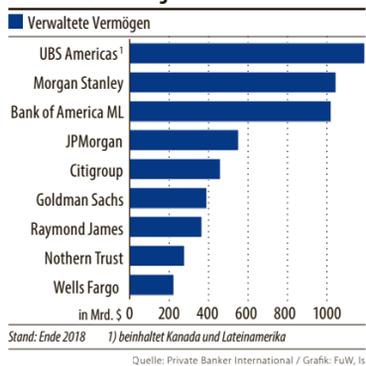
Sollten Pläne überhaupt existieren, fehlt der Bank nach dem Archegos-Debakel aber erst einmal das Kapital, um einen neuen substanziellen Fussabdruck aufzubauen. Denn laut Experten der Beratungsgesellschaft PwC kann das teuer werden. Der US-Markt hängt an den einzelnen Kundenberatern. Sie halten primär die Kundenbeziehung und damit die Vermögen. Die Banken liefern sich eine regelrechte Schlacht um die Berater, zahlen teilweise hohe Antrittsgelder. Im Geschäft bekommen sie dann 20 bis 30% des Ertrags, weshalb das Verhältnis von Kosten zu Ertrag für die Banken hoch ist. UBS hat eines von über 80% in ihrer Americas-Einheit, in der Schweiz liegt es bei knapp 60%.

Wenn auch nicht in der Vermögensverwaltung, so ist CS im Investment Banking (IB) weiterhin eine grosse Nummer in den USA (vgl. Grafik 5). Hier fuhr sie in diesem Jahr mit 5,5 Mrd. \$ aber auch den grössten Verlust ihrer Geschichte ein, nachdem der Hedge-Fund-Kunde Archegos kollabiert war. Es bleibt abzuwarten, ob der neue CS-Präsident António Horta-Osório hier weitere Schnitte machen wird. Alastair Ryan, Analyst bei Bank of America, hat jüngst geschrieben, CS sei mit ihrer jetzigen Strategie gescheitert. Seit Jahren seien Eigenkapitalrendite und Wachstum enttäuschend. Ryan glaubt, CS stehe vor einem Bruch mit der Vergangenheit. Ob auch für sie die Zukunft im US-Private-Banking liegt, bleibt abzuwarten.

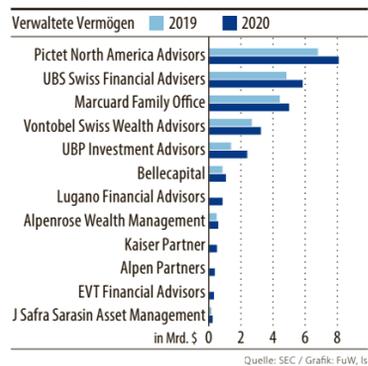
### 1 Die Reichsten der Welt



### 2 Grösste US-Vermögensverwalter



### 3 Schweizer RIA in den USA



## Banken lassen Auslandschweizer darben

Die US-Grossbanken sind hinter den chinesischen Geldhäusern die mächtigsten der Welt. Die grösste unter ihnen, JPMorgan, hat Werte von über 3600 Mrd. \$ auf ihren Büchern (vgl. Grafik). Zum Vergleich: UBS kommt auf gut 1000 Mrd., Credit Suisse auf knapp 800 Mrd.

Der grosse Unterschied geht auch auf den riesigen Heimmarkt zurück, auf dem rund 124 Mio. Haushalte die Leistungen der US-Banken beziehen. Das Retailgeschäft mit einfachen Konten und Krediten dient ihnen dabei auch als Zulieferkanal für ihre Vermögensverwaltung. Auf Nachfrage will keines der Schweizer Institute, das im US-Private-Banking tätig ist, dort auch ins Retailgeschäft einsteigen. Im Gegenteil, scheuen doch die heimischen Banken die Otto-Normal-Kunden mit US-Bezug wie der Teufel das Weihwasser.

«Viele europäische Banken beenden ihre Geschäftsbeziehung mit Kunden konsequent, sobald sich bei diesen ein US-Bezug auftut», schreibt die liechtensteinische Privatbank Kaiser Partner. Viele würden

Kosten und Risiken scheuen, die die hohen regulatorischen Anforderungen und Auskunftspflichten gegenüber den US-Behörden mit sich bringen.

So kommen fast nur noch die sehr beachteten Kunden mit US-Bezug in den Genuss von Schweizer Bankdienstleistungen. Manche Doppelbürger sahen sich deshalb

### Grösste US-Banken



gar gezwungen, «ihre US-Staatsbürgerschaft zurückzugeben», schreibt Kaiser Partner. Doch auch Schweizer Staatsbürger ohne US-Pass, die in den USA leben oder zeitweise durch ihren Arbeitgeber dorthin entsendet werden und damit dort steuerpflichtig sind, erhalten bei den meisten Banken nicht einmal mehr ein einfaches Konto. Anlagelösungen sind komplett ausgeschlossen, selbst die dritte Säule muss aufgelöst werden.

Zwei der wenigen Banken, die Auslandschweizern zumindest noch ein Konto geben, sind PostFinance und Valiant. Erstere verlangt dafür monatlich 25 Fr. (gegenüber normalerweise 5 Fr.), Valiant verrechnet zusätzlich 45 Fr. Auch die Genfer Kantonalbank wehrt sich auf Anfrage nicht komplett.

Zuletzt lehnte der Ständerat 2018 eine Motion ab, nach der Auslandschweizer zu ähnlichen Konditionen wie in der Schweiz Zugang zu den Leistungen von PostFinance hätten bekommen sollen. Die Begründung: Eine solche Verpflichtung würde der Banktochter der Post zu hohe Risiken und Kosten aufbürden.